

Neue Energie

Sozialdemokratische Energie- und Klimapolitik für das 21. Jahrhundert

Inhaltsverzeichnis

1.	DAS MAGISCHE VIERECK GESTALTEN- KLIMASCHUTZ, WETTBEWERBSFÄHIGKEIT, INNOVATIONSKRAFT, VERSORGUNGSSICHERHEIT.....	4
•	Klimaschutz ausbauen	5
•	Wettbewerbsfähigkeit stärken	6
•	Innovationskraft steigern	6
•	Versorgungssicherheit garantieren.....	6
2.	DER WELTWEITE ENERGIEMARKT VERÄNDERT SICH.....	7
•	Der Klimawandel beschleunigt sich	7
•	Die Energienachfrage steigt.....	8
•	Die Ressourcen sind endlich	8
•	Deutschlands Abhängigkeit von Importen wächst	8
•	Die Energiepreise steigen	9
•	Innovationen in der Energietechnik sind auf dem Vormarsch.....	9
3.	EIN NACHHALTIGER KLIMA- UND ENERGIEPFAD FÜR DEUTSCHLAND IST MÖGLICH	9
4.	NEUE ENERGIE – 15 PUNKTEPLAN FÜR EINE NEUAUSRICHTUNG DER DEUTSCHEN KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK.....	11
•	Einen nachhaltigen, innovativen Energiemix für Deutschland aufbauen ..	12
•	Energie effizient nutzen.....	13
•	Ambitioniertes Klimaschutzprogramm verabschieden	15
•	Emissionshandel: Ein Ökonomisches Instrument für mehr Klimaschutz umsetzen	16
•	Investitionen in die Erneuerung des Kraftwerksparks voranbringen.....	18
•	Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen	18

•	Stabile Strompreise durch mehr Wettbewerb schaffen	19
•	Gebäude sanieren: Arbeit schaffen, Energie sparen	20
•	Erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien fortführen.....	21
•	Schlafender Riese Wärmemarkt: Für ein Erneuerbare-Wärmegesetz	22
•	Biokraftstoffe: Einstieg in die 2. Generation einleiten	22
•	Nachhaltige Mobilität mit weniger Energieverbrauch.....	23
•	Energieforschung stärken.....	25
•	Atomausstieg umsetzen	26
•	Einen Endlagerkonsens in Deutschland schaffen	27
5.	EINE NEUE INDUSTRIELLE REVOLUTION BEGINNEN – FÜR EINE STRATEGISCHE UND ÖKOLOGISCHE INDUSTRIEPOLITIK.....	28
6.	ZUKUNFT BRAUCHT MUT	30

1. Das magische Viereck gestalten- Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft, Versorgungssicherheit

Die nationale, europäische und internationale Energiepolitik ist an einer Weggabelung angekommen. 2007 ist ein Schlüsseljahr für die Energie- und Klimapolitik national, europäisch und international. Sowohl auf nationaler Ebene im Energiegipfel-Prozess, auf europäischer Ebene bei den Beratungen zum „Energiepaket“ der Kommission als auch auf G8-Ebene spielt die Energiepolitik die zentrale Rolle. Es geht dabei um nichts weniger als die Frage, wie wir unsere Energieversorgung völlig neu gestalten, um einer 3-fachen Herausforderung zu begegnen:

- dem Klimawandel,
- der Ressourcenknappheit und
- einer nachhaltig orientierten wirtschaftlichen Entwicklung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verfolgen das klare Ziel, unsere Energieversorgung sicher, effizient und umwelt- sowie klimafreundlich zu gestalten. Das bedeutet nicht weniger als eine grundlegende Neuausrichtung der Energiepolitik. Nur eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energieträgern, kombiniert mit dem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien, kann die ökonomisch und ökologisch notwendige Trendwende bringen. Hierfür sind Innovationen, neue rechtliche Rahmenbedingungen und neue Institutionen dringend erforderlich.

Schon jetzt ist klar, dass diese Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik gegen den Widerstand wirtschaftlicher und politischer Einzelinteressen durchgesetzt werden muss. So wird einerseits jede nur sich bietende Gelegenheit missbraucht, um zu fordern, dass vor allem die ältesten und anfälligsten Atomkraftwerken längere Laufzeiten erhalten sollen. Andere versuchen die Ziele „Umweltverträglichkeit“ und „Wirtschaftlichkeit“ in der Energieversorgung gegeneinander auszuspielen und sowohl die Steigerung der Energieeffizienz als auch den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Frage zu stellen.

An Bekenntnissen für mehr Klimaschutz und eine neue Energiepolitik ist derzeit kein Mangel. Jetzt geht es darum, konkrete Maßnahmen für mehr Effizienz und mehr Erneuerbare Energien zu vereinbaren und in die Tat umzusetzen.

Es wird Aufgabe der SPD sein, dafür zu sorgen, dass die in diesem Jahr zu beschließende Klimaschutzstrategie und die Nationale Energiestrategie 2020 ein zukunftsgerichtetes, nachhaltiges Programm wird. Uns geht es darum, unsere Wirtschaft auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Durch eine offensive Innovationspolitik für Zukunftstechnologien wollen wir dafür sorgen, dass Deutschland Vorreiter auf den ökologischen Märkten wird. Damit schaffen wir Wachstum und Beschäftigung in einem Markt, der weltweit an Bedeutung gewinnen wird.

Deutschland braucht eine Neuausrichtung seiner Klima- und Energiepolitik. Das ist sowohl unter ökonomischen wie ökologischen Gesichtspunkten eine der zentrale Aufgaben der nächsten Jahre. Dabei stehen Umwelt- und Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Versorgungssicherheit in keinem Widerspruch. Im Gegenteil sie bedingen und schaffen neue Chancen für Ökonomie und Ökologie:

- **Klimaschutz ausbauen**

Wir wollen die ehrgeizigen Klimaschutzziele für Deutschland und Europa durch neue, innovative Technologien erreichen. Deutschland muss Vorreiter bei einer konsequenten Klimaschutzpolitik bleiben. Es ist unser Ziel, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Alarmismus, Wachstums- und Technikskeptizismus sind dafür kein Weg. Es geht darum, in den Industrieländern den Übergang in die kohlenstofffreie Energie durchzusetzen und gleichzeitig durch Technologietransfer den Entwicklungs- und Schwellenländern den direkten Einstieg in die neuen Energieformen zu ermöglichen.

- **Wettbewerbsfähigkeit stärken**

Energiepolitik muss den Preisanstieg am Energiemarkt dämpfen. Mehr Wettbewerb, mehr Marktteilnehmer und eine größere Kapazität durch eine Erneuerung des Kraftwerksparks verhindern überzogene Strom- und Gaspreise. Die Steigerung der Energieeffizienz senkt die Kostenlast für Strom und Wärme in privaten Haushalten und Unternehmen. Die konsequente, an der Marktreife der Technologien orientierte Förderung der Erneuerbaren Energien hilft ebenfalls Preise zu senken: durch den Ersatz alter und unproduktiver, teurer fossiler Kraftwerke. Schon in wenigen Jahren wird Strom aus erneuerbaren Energien günstiger sein als Strom aus fossilen Energieträgern.

- **Innovationskraft steigern**

Der intelligente Umgang mit Energie und Ressourcen wird immer stärker zu einer entscheidenden Kennziffer für eine erfolgreiche Wirtschaft werden. Schon heute nimmt Deutschland bei den Effizienztechnologien und beim Ausbau der Erneuerbaren Energien eine Spitzenstellung ein. Daraus ergeben sich große Chancen für Wachstum und Beschäftigung, denn diese Technologien haben bereits heute eine weltweit hohe Nachfrage. Es wird geschätzt, dass allein bei den Erneuerbaren Energien die weltweiten Investitionen von heute gut 40 Mrd. € bis zum Jahr 2020 auf 250 Mrd. € jährlich steigen und diese Branche in der Lage ist, andere innovative Bereiche wie z.B. die Halbleiterindustrie noch zu überflügeln.

Deutschland muss außerdem seine Spitzenstellung bei modernsten Kohletechnologien ausbauen. Deshalb unterstützen wir „Clean-Coal-Technologien“ mit dem Ziel, dass in Deutschland erste industrielle CO₂-freie Kohlekraftwerke bis 2015 entstehen. Die Kraftwerksbetreiber befinden sich dort in einer Bringschuld. Notwendig ist eine deutliche Ausweitung der staatlichen und privaten FuE Aktivitäten. Der Trend der letzten Jahre die FuE Ausgaben für Energieforschung zu halbieren muss umgedreht werden. In Europa und Deutschland wollen wir die FuE Ausgaben bis 2012 verdoppeln.

- **Versorgungssicherheit garantieren**

Versorgungssicherheit muss über die Sicherung der internationalen Bezugsquellen hinausgehen. Erneuerbare Energien als heimische Energieträger leisten einen stetig

steigenden Beitrag zur Versorgungssicherheit. Auch die konsequente Steigerung der Energieeffizienz vermindert die Nachfrage und reduziert die Abhängigkeit von Energieimporten. Die zunehmende Verbreitung von Erneuerbaren Energien und Effizienztechnologien auch in anderen Teilen der Welt hat zudem ebenfalls nachfragedämpfende und damit die Versorgungssicherheit erhöhende Wirkung. Wir müssen zudem eine konsequente gemeinsame europäische Energieaußenpolitik aufbauen.

2. Der weltweite Energiemarkt verändert sich

Der globale Energiemarkt wird durch sechs zentrale Trends beeinflusst. Sie bestimmen die Rahmenbedingungen für jede zukunftsgerichtete Klima- und Energiepolitik:

- **Der Klimawandel beschleunigt sich**

Die in diesem Jahr vorgelegten Sachstandsberichte des internationalen Klimawissenschaftlergremiums IPCC haben deutlich gemacht, dass der menschengemachte Klimawandel bereits Realität ist – seit Beginn der Industrialisierung ist die globale Erdoberflächentemperatur um 0,7°C angestiegen. Elf der zwölf wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen lagen zwischen 1995 und 2006. Szenarien für die Zeit bis 2100 zeigen, dass eine Erwärmung um 1,8°C bis 4°C wahrscheinlich ist, wobei im hohen Szenario eine Schwankungsbreite bis 6,4°C existiert. Dies hätte katastrophale Auswirkungen für die Menschheit. Unser Ziel ist es, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf maximal 2 °C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen und alles zu unternehmen, um deutlich unter diesem Wert zu bleiben, um unkalkulierbare und unkontrollierbare Folgen zu verhindern. Um dies zu erreichen, muss der Trend bei den Treibhausgasemissionen in den nächsten 10-15 Jahren umgedreht werden – bis zum Jahr 2050 müssen die Emissionen der Industrieländer um 60 bis 80 Prozent gegenüber 1990 verringert werden.

- **Die Energienachfrage steigt**

Mehr als 1,8 Milliarden Menschen besitzen heute noch keinen Zugang zu einer geregelten Energieversorgung. Dieser Zugang muss in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eröffnet werden, um ihnen den Weg aus Armut und wirtschaftlicher Not zu ermöglichen. Damit aber nicht genug: Die Weltbevölkerung wächst in den kommenden Jahrzehnten von heute 6,5 Milliarden auf mehr als 9 Milliarden Menschen. Die Nachfrage nach Energie wird dadurch weiter deutlich ansteigen.

Globalisierung und Industrialisierung in den Entwicklungs- und Schwellenländern führen zu einer stetig steigenden Energienachfrage und verschärfen die globale Konkurrenz um die fossilen Brennstoffe massiv. Der Weltenergieverbrauch liegt gegenwärtig doppelt so hoch wie zu Beginn der 70er Jahre. Die Internationale Energieagentur (IEA) kommt in ihrem 2006 veröffentlichten Weltenergiebericht zu dem Schluss, dass ohne Änderung der bisherigen Energiepolitik der globale Energiebedarf und die weltweiten CO₂-Emissionen bis 2030 um 50% zunehmen.

- **Die Ressourcen sind endlich**

Noch streitet die Fachwelt darüber, wann genau die endlichen Reserven fossiler Rohstoffe erschöpft sein werden. Fest steht jedenfalls, dass schon seit Jahren mehr Öl verbraucht wird, als neue Vorkommen erschlossen werden. Die Realität, die häufig verdrängt wird, lautet: Die Energieressourcen Erdöl, Kohle, Erdgas und Uran sind erschöpfbare Rohstoffe, die nur für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung stehen.

- **Deutschlands Abhängigkeit von Importen wächst**

Beim Thema „Versorgungssicherheit“ müssen wir feststellen, dass die Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung von Importen im Zeitablauf ständig gestiegen ist. Sie beträgt bei Uran 100 %, bei Mineralöl nahezu 97 %, bei Gas 83 % und bei Steinkohle 61 %. Lediglich bei Braunkohle und den Erneuerbaren Energien greift Deutschland vollständig auf einheimische Energieproduktion zurück. Die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus politisch und ökonomisch instabilen Förderregionen wird zunehmen.

- **Die Energiepreise steigen**

Der Ölpreis steigt seit 2001 stetig an und liegt – nach einem Höchstpreis von über 70 Dollar 2007 gegenwärtig auf einem Niveau von über 60 Dollar pro Barrel.

Ähnliches gilt für die mit den Ölpreisen verknüpften Gaspreise und auch bei Steinkohle ist ein Anstieg zu verzeichnen. Die massiv gestiegenen Energie- und Strompreise belasten Privathaushalte und Unternehmen. In den letzten 10 Jahren haben sich die Preise für Heizöl und Gas zum Teil sogar mehr als verdoppelt. Damit sind zunehmend auch soziale Fragen verbunden.

- **Innovationen in der Energietechnik sind auf dem Vormarsch**

In den letzten Jahren hat es große Innovationsschübe in der Kraftwerkstechnik gegeben, besonders bei den Erneuerbaren Energien. In den vergangenen 12 bis 15 Jahren sind ohne Inflationsbereinigung die Kosten für Windstromanlagen um über 30%, die Kosten für die Solarthermie-Anlagen um rund 50% und die Kosten für Photovoltaik-Anlagen um über 60% gesunken. Gleichzeitig hat sich auch die Effizienz der konventionellen Kraftwerkstechnik verbessert, bei Gaskraftwerken um über 20%. Die technologischen Potenziale sind noch lange nicht ausgereizt. Neue, effizientere Technologien – zum Beispiel Brennstoffzellenkraftwerke oder CO₂-freie Kraftwerke – entwickeln sich. Diese Innovationen brauchen gezielte staatliche Begleitung, Förderung und Rahmensetzung; der Markt allein schafft keine Durchbrüche.

3. Ein nachhaltiger Klima- und Energiepfad für Deutschland ist möglich

Eine nachhaltige Energiepolitik verbindet von vornherein Klimaschutz und Energiepolitik. Im Mittelpunkt steht eine ambitionierte Steigerung der Energieeffizienz und ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ein solcher nachhaltiger Energiepfad lässt sich für Deutschland im Bereich Energieeffizienz beispielhaft wie folgt zusammenfassen:

Wir brauchen

- Kraftwerke mit den höchsten Wirkungsgraden,

- Kraftfahrzeuge mit niedrigem Verbrauch,
- Gebäude mit den höchsten Effizienzstandards,
- Elektrogeräte, Maschinen und Computer mit drastisch vermindertem Stromverbrauch.

Studien im Auftrag der Bundesregierung zeigen, dass ein nachhaltiger Energiepfad technisch-wirtschaftlich ohne weiteres möglich ist – wenn denn der politische Wille dazu existiert.

Bis 2020 würde sich dabei das Energiesystem wie folgt ändern:

- Die Energieproduktivität der Volkswirtschaft verdoppelt sich aufgrund einer massiven Steigerung der Energieeffizienz gegenüber 1990.
- Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch wird verdreifacht von heute 5,3% auf dann 16%.
- Aufgrund der Effizienz-Revolution bei technischen Geräten, beim Gebäudebestand, im Verkehr und bei der Produktion sinkt der Gesamt-Primärenergieverbrauch um 15% und der Stromverbrauch um 11% gegenüber dem Niveau heute. Das bedeutet gleichzeitig entsprechend geringere Heiz- und Stromkosten bei Bürgern und Unternehmen und damit eine steigende, inländisch nachfragewirksame Kaufkraft.
- Der Strommix wird nachhaltiger: Die erneuerbaren Energien tragen dann über 27% bei (heute: 12%), hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen liegen bei 25% (heute: 10%). Die hoch risikoreiche Atomenergie läuft gemäß Atomkonsens aus und liegt 2020 nur noch bei 5% (heute: 26%). Der verbleibende Rest (43%) wird in hocheffizienten Kohle- und Gaskraftwerken produziert.
- Die Treibhausgase sinken gegenüber dem Niveau von 1990 um 40%.

Dieses nachhaltige Energie-Szenario ist keineswegs teuer. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes entstünden dafür im Jahr 2020 elf

Mrd. EUR Zusatzkosten – das sind nur 0,4% des Bruttoinlandsprodukts. Alles andere wäre aber ein teures Geschäft: Denn die Alternative hieße klimapolitischer Stillstand und würde bedeuten, dass der Klimawandel weiter ungebremsst voranschreitet. Dies wäre jedoch ungleich kostspieliger: Nach einer Studie des

Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung betragen allein in Deutschland die Folgekosten eines ungebremsten Klimawandels 137 Mrd. EUR bis 2050.

Folgen wir diesem nachhaltigen Energiepfad, dann bedeutet dies nicht weniger als den radikalen Umbau der Industriegesellschaft. Die damit verbundene Effizienzrevolution wird nicht nur die Emissionen der Treibhausgase vermindern, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken. Wir wollen diesen Umbau. Das bedeutet den Umbau des rechtlichen Regelwerks und klare ökonomische Anreize. Ambitionierte Klimaschutzziele auf der einen Seite und Widerstand gegen anspruchsvolle Standards bei der Energieeinsparverordnung auf der anderen Seite, diesen Widerspruch im Handeln dürfen wir nicht länger hinnehmen.

4. Neue Energie – 15 Punkteplan für eine Neuausrichtung der deutschen Klima- und Energiepolitik.

Wir müssen unsere Energiepolitik neu ausrichten. Dabei gilt es Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit gemeinsam zu verwirklichen. Dabei treiben wir einen breiten Maßnahmenbündel voran, das Deutschlands Energieversorgung auf das Gleis in die Zukunft setzt.

Für eine innovative, wettbewerbsfähige und umweltfreundliche Klima- und Energiepolitik müssen wir entsprechende europäische Rahmenbedingungen setzen. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben bei ihrem Frühjahrsgipfel unter deutscher Präsidentschaft zwei zentrale Weichen für eine fortschrittliche, integrierte Klima- und Energiestrategie gestellt: Sie wollen mehr Klimaschutz und sie wollen mehr Wettbewerb. Der Europäische Rat hat 4 Ziele festgelegt, das "magische Zielviereck" bis zum Jahr 2020, an dem sich die europäische Klima- und Energiepolitik orientieren muss:

- Die Industrieländer sollen ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 gemeinsam in einer Größenordnung von 30 % gegenüber 1990 verringern. In einem zweiten Schritt sollen sie

- gemeinsam bis 2050 ihre Emissionen um 60 bis 80 % gegenüber 1990 verringern.
- Im Vorgriff auf internationale Verhandlungen verpflichtet sich die Europäische Union jetzt schon die Emissionen um mindestens 20% zu senken.
- Bis 2020 soll die Emission der Treibhausgase der EU um 30% unter das Niveau von 1990 vermindert werden, sofern sich andere Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen und die wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer zu einem ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angemessenen Beitrag verpflichten.
- Als wichtigste Maßnahme zur Umsetzung der Ziele soll die Energieeffizienz bis 2020 um 20% gesteigert werden.

Das ist aus sozialdemokratischer Sicht die Richtung, in die wir in Europa und in Deutschland gehen müssen.

- **Einen nachhaltigen, innovativen Energiemix für Deutschland aufbauen**

Wir brauchen einen nachhaltigen Energiemix der umweltverträglich ist und in einer veränderten Welt die Versorgung zu angemessenen Preisen sicherstellt. Dabei orientieren wir uns an der gerade von der DLR vorgelegten Studie „Ausbaustrategien Erneuerbarer Energien“ („Leitstudie“), die deutlich macht, dass das 40%-Ziel - und darüber hinaus gehende Treibhausgasreduzierungsziele - ohne Kernenergie möglich ist. Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen:

- Mit einer ambitionierten Effizienzstrategie und dem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien vermindern wir die Abhängigkeit unseres Landes von Energieimporten.
- Durch eine langfristig angelegte partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Förder- und Transitländern (Energieaußenpolitik) sichern wir den Nachschub mit Öl und Gas.
- Wegen der Sicherheitsrisiken, der bisher ungeklärten Entsorgung und der Gefahr der Proliferation, bleibt die Kernenergie ein Auslaufmodell.
- Modernste fossile Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle und Gas) mit den höchsten Wirkungsgraden (insbesondere KWK) tragen zu einer deutlichen

Verminderung der CO₂-Emissionen bei und sind für die Versorgungssicherheit noch unverzichtbar.

- Der massive Ausbau der Erneuerbaren Energie in den Bereichen Strom, Wärme/ Kälte und Biokraftstoffe trägt wesentlich zur Versorgungssicherheit bei.
- Die wichtige Aufgabe der nächsten Jahre ist die optimale Integration der Erneuerbaren Energien in die zukünftige Energieversorgung.

- **Energie effizient nutzen**

Die größten Potenziale liegen in einer kontinuierlichen Steigerung der Energieproduktivität. Was wir brauchen, ist eine stärkere Konzentration auf Energieeffizienz und Energieeinsparung - den schlafenden Riesen der Energiepolitik.

Bei diesem Thema müssen wir die Zielmarke deutlich höher legen. Das Ziel ist die Steigerung der Energieproduktivität um 20 Prozent bis zum Jahr 2020. Das ist bereits mit heute verfügbaren Technologien erreichbar und würde sich auch wirtschaftlich rechnen.

Wir müssen endlich vom Reden zum Handeln kommen. Deshalb stehen wir dafür, dass der Aktionsplan Energieeffizienz jetzt auch konsequent umgesetzt wird. Hierzu gehört:

- die Schaffung einer Energieeffizienzinitiative, um bei kleineren und mittelständischen Unternehmen die großen Potenziale zur Effizienzsteigerung zu nutzen (Beratung und Investitionen).
- Die Einführung eines verbindlichen Energiemanagements (Audit und Umsetzung empfohlener Maßnahmen) als Voraussetzung für Begünstigungen im Energiesteuerrecht. Eine klare Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Produkten (Orientierung an den Besten).

Darüber hinaus sind zur Steigerung der Energieeffizienz von Geräten folgende Maßnahmen notwendig:

- Europaweite Festlegung anspruchsvoller Mindeststandards zur Energieeffizienz von Elektrogeräten nach der Ökodesignrichtlinie.

- Die europäischen Standards müssen regelmäßig dynamisiert und an den neuen Stand der Technik angepasst werden.
- Mit dem sogenannten Top-Runner-Ansatz wollen wir einen verbindlichen Standard festlegen, der sich an den besten Geräten orientiert.
- Bundesregierung, Hersteller und Handel verständigen sich auf eine Selbstverpflichtungserklärung, mit der eine bessere Marktdurchdringung mit energieeffizienten Geräten erreicht werden soll.

Allein die Reduzierung des Verbrauchs von Haushalts- und Elektrogeräten im Stand-by auf das technische benötigte Minimum würde in Deutschland die elektrische Leistung von zwei Großkraftwerken einsparen. Der Einsatz drehzahl geregelter Maschinen in der Industrie und gesteuerter Heizungspumpen würde noch wesentlich mehr Energie einsparen.

Deutschland und die EU müssen die Effizienzforschung verstärken, damit unsere Unternehmen mit energieeffizienten Geräten auf den Weltmarkt gehen können. In immer mehr Weltregionen (China, USA, EU) gelten immer strengere Effizienzvorgaben. Wer die energieeffizientesten Produkte anbieten kann, hat im Wettbewerb um Marktanteile die Nase vorn. Außerdem kann über diesen Weg auch die energieintensive Industrie in Deutschland gehalten werden, wenn durch neue, effizientere Technologie der größte Kostenblock, nämlich Energie und Material, gesenkt wird.

Enorme Einspar- und Effizienzpotenziale können auch in der Wirtschaft selber mobilisiert werden. Das gilt insbesondere für kleinere und mittlere Betriebe. Bei denen steht das Thema Energieeffizienz nicht so im Mittelpunkt. Insbesondere mit qualifizierter Beratung kann da schon viel erreicht werden. Zum Aktionsplan Energieeffizienz gehört deshalb auch ein Energieeffizienzfonds, der diesen Unternehmen bei der Durchführung von Effizienzmaßnahmen unterstützt und der angemessen ausgestattet werden soll.

Aber auch Bund, Länder und Gemeinden haben hier eine zentrale Aufgabe. Wenn die öffentliche Hand zielgerichtet ihre Marktmacht nutzt, gehen davon enorme Impulse auf die Produzenten und Anbieter aus.

Die öffentliche Hand fragt jährlich Güter und Dienstleistungen in Höhe von 250 Mrd. € nach, das sind 13 % des Bruttosozialprodukts. Die öffentliche Hand sollte deshalb mit gutem Beispiel vorangehen und die Anforderungen an die Beschaffung energieeffizienter Produkte so gestalten, das sie wirtschaftlichen Kriterien über die Nutzungsdauer der Produkte besser Rechnung trägt, in dem sie neben den Anschaffungskosten stärker den geringeren Energieverbrauch und die damit eingesparten Energiekosten berücksichtigt. Eine Verpflichtung der öffentlichen Hand auf die effizientesten Produkte hätte marktlenkende und Vorbildwirkung.

- **Ambitioniertes Klimaschutzprogramm verabschieden**

Bereits 2005 hatte Deutschland seine Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 18,4% reduziert. Mit dem im Nationalen Allokationsplan für die Zweite Handelsperiode 2008 – 2012 festgelegten Emissionsbudget von 453,1 Mio. t pro Jahr werden wir unser Kyoto-Ziel sicher verwirklichen. Jetzt muss es darum gehen unserer Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen. Jetzt müssen die Ziele für 2020 und danach formuliert werden. Wir brauchen noch in diesem Jahr ein neues Klimaschutzprogramm, das alle Sektoren (Industrie und Energieversorgung, Gewerbe, Verkehr und Handel) umfasst. Es geht darum, in allen diesen Sektoren die Potenziale zur Minderung der Treibhausgase zu mobilisieren, um langfristig die CO₂-arme Gesamtwirtschaft zu realisieren, die Wohlstand und Wachstum dauerhaft ermöglicht.

Wenn die Europäische Union die Treibhausgase um 30% mindern will, muss Deutschland mehr machen. Der Koalitionsvertrag ist eindeutig. Dort heißt es: „Wir werden vorschlagen, dass sich die EU im Rahmen der internationalen Klimaschutzverhandlungen verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 insgesamt um 30% gegenüber 1990 zu reduzieren. Unter dieser Voraussetzung wird Deutschland eine darüber hinaus gehende Reduktion seiner Emissionen anstreben.“ Insbesondere die neuen Beitrittsländer Osteuropas bestehen darauf, dass im Rahmen ihrer nachholenden wirtschaftlichen Entwicklung ihre Minderungsbeiträge nicht so hoch ausfallen. Der Deutsche Bundestag hat in seinem Beschluss vom November 2006 aufbauend auf dem Koalitionsvertrag zudem auf die Ergebnisse der Enquête-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ verwiesen. Der

Deutscher Bundestag stellt in seinem Beschluss fest: „Dabei wird auch Deutschland – analog zur Lastenverteilung in der EU nach den Vereinbarungen zum Kyoto-Protokoll, die sich an der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit, dem Energiemix und der Industriestruktur der beteiligten Staaten orientiert – einen großen Anteil leisten müssen, weil eine Reduktion der Treibhausgase von 30 Prozent bis 2020 auf EU-Ebene nur möglich sein wird, wenn in Deutschland Emissionsreduktionen von deutlich mehr als 30 Prozent erbracht werden.“

Als Grundlage sollten dazu die Empfehlungen der Klima-Enquete-Kommissionen und der Energie-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages dienen. Die SPD setzt dabei auf eine Reduktion der Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent.

40 % Reduktion bedeutet eine Senkung von 270 Mio. t gegenüber dem Niveau von 2006. 270 Mio. t können bis 2020 durch acht Maßnahmen erbracht werden:

- Reduktion des Stromverbrauchs um 11 % durch massive Steigerung der Energieeffizienz: 40 Mio. t
- Erneuerung des Kraftwerksparks durch effizientere Kraftwerke: 30 Mio. t
- Steigerung der Stromerzeugung durch erneuerbaren Energien auf über 27%: 55 Mio. t
- Verdoppelung der effizienten Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung auf 25%: 20 Mio. t
- Reduktion des Energieverbrauchs durch Gebäudesanierung, effiziente Heizungsanlagen und in Produktionsprozessen: 41 Mio. t
- Steigerung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor auf 14%: 14 Mio. t
- Steigerung der Effizienz im Verkehr und Steigerung der Biokraftstoffe auf 17%: 30 Mio. t
- Reduktion der Emissionen von Methan, Lachgas und F-Gasen: 40 Mio. t.

- **Emissionshandel: Ein Ökonomisches Instrument für mehr Klimaschutz umsetzen**

Der Emissionshandel ist in Europa am 1. Januar 2005 erfolgreich eingeführt worden. Erstmals existiert ein derart großer Kohlenstoffmarkt, dem 27 Länder angehören.

Zunehmend wächst das Interesse von anderen Ländern, sich dem europäischen Markt anzuschließen.

Die Bundesregierung hat nach langen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission für die zweite Handelsperiode 2008 bis 2012 einen Klimaschutzplan (Nationaler Allokationsplan II) mit einem schärferen Minderungsziel vorgelegt:

- 453,1 Mio. t CO₂/a in der zweiten Handelsperiode 2008 – 2012.
- Die Zuteilung der Emissionsrechte für Kraftwerke orientiert sich nicht mehr an den Emissionen der letzten Jahre, sondern am modernen Stand der Technik.
- Schaffung von Erleichterungen für Kleinemittenten
- Ausweitung der Möglichkeiten, durch kostengünstige Projekte in Entwicklungsländern Emissionsgutschriften zu erwerben.

Aus den Fehlern der ersten Handelsperiode haben wir gelernt. Das Konzept für die zweite Handelsperiode ist einfacher, wirksamer und vor allem auch effizienter. 57 Mio. t CO₂ jährlich weist das Emissionsbudget weniger aus und auf zahlreiche Sonderregeln können wir klaglos verzichten.

Und dennoch: Wir werden dieses europäische Instrument weiterentwickeln.

- Wir brauchen mehr Transparenz über die Verfahren und die Festlegung des Emissionsbudgets,
- Die Allokationsregeln müssen in den 27 Mitgliedsstaaten harmonisiert werden,
- Der Flugverkehr soll in wettbewerbsneutraler Weise in den EU-Emissionshandel einbezogen werden,

Schließlich ist über die Allokationsmethode zu entscheiden. Wir halten hier die Versteigerung prinzipiell für den richtigen Weg. Dieser Weg sollte spätestens in der dritten Handelsperiode EU-weit beschritten werden. Und dies nicht nur mit einem Anteil von lediglich 10 Prozent!

- **Investitionen in die Erneuerung des Kraftwerksparks voranbringen**

Nicht nur bei der Effizienz des Energieverbrauchs, sondern auch bei der Energieerzeugung – insbesondere der Stromerzeugung - müssen wir Fortschritte erzielen. Wenn wir im Jahr 2020 mehr als 27 Prozent des Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien decken, dann ist dies ein wichtiger Schritt – aber es bleiben über 70 Prozent übrig für die fossilen Energien.

Deshalb brauchen wir Investitionen in moderne, hocheffiziente Gas- und Kohlekraftwerke. Die Energiewirtschaft hat angekündigt, bis 2012 neue, moderne Kraftwerke mit einer Gesamtkapazität von rund 20.000 MW zu errichten. Dies ist ein ermutigender Schritt in die richtige Richtung. Jetzt muss aber auch investiert werden.

Investitionen in neue und hoch effiziente Kraftwerke müssen gefördert werden. Durch geeignete Regelungen im Energierecht (2007 anstehende Kraftwerksanschlussverordnung, 2007/2008 anstehende Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes) sowie im Rahmen des Emissionshandelsrechts werden Investitionsanreize für neue, effiziente Kraftwerke gesetzt. Ziel der Regelungen wird es sein, dass neue, klimaschonendere Kraftwerke den veralteten und ineffizienten Kraftwerkspark ersetzen.

- **Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen**

In der Modernisierung und dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung liegt ein enormes Potenzial für mehr Energieeffizienz und mehr Klimaschutz. Die von der deutschen Wirtschaft zugesagte CO₂-Minderung im Rahmen der Kraft-Wärme-Kopplungsvereinbarung wird weit verfehlt werden. Deswegen wird 2007 das KWK-Gesetz so novelliert, dass Bestandsanlagen nicht mehr gefördert werden, sondern dass sich die wirtschaftlichen Anreize des Gesetzes auf die Modernisierung und den Bau neuer KWK-Anlagen konzentrieren. Dazu ist auch die Förderung des Ausbaus der Nah- und Fernwärmenetze erforderlich. Ziel ist es, den derzeitigen KWK-Anteil an der Stromerzeugung in Höhe von rund 10% bis 2020 auf 25% zu steigern.

- **Stabile Strompreise durch mehr Wettbewerb schaffen**

Die Strompreise in Deutschland kennen derzeit nur einen Trend: Nach oben. Dabei wird von einigen versucht, dem Staat den „schwarzen Peter“ zuzuschieben.

Daten und Fakten belegen dagegen, dass im Zeitraum von 1995 bis 2000 durch die Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte die Strompreise gefallen sind. Danach sind sie deutlich gestiegen. Für industrielle Stromkunden sind im ersten Halbjahr 2006 die Preise gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres sogar um über ein Drittel gestiegen. Ein Durchschnittshaushalt zahlt heute etwa ein Drittel mehr für den Strom als noch im Jahr 2000. Ein Blick auf die Daten macht klar, dass nicht die ökologisch und ökonomisch sinnvolle Förderung der erneuerbaren Energien oder der Kraft-Wärme-Kopplung zu den Preistreibern gehört. Nur etwa 5% des Strompreises für Privathaushalte können hierauf zurückgeführt werden. Bei den besonders stromintensiven Unternehmen sorgen feste Obergrenzen dafür, dass sich ihre Belastungen in engen Grenzen halten und sie international wettbewerbsfähig bleiben.

Nur ein funktionierender Wettbewerb im Strommarkt bietet die Chance für wettbewerbsfähige Preise. Dafür müssen wir konsequent die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen und notfalls die Energieversorgungsunternehmen in ihren abgeschotteten Märkten hart anfassen.

Mit einer Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen soll:

- Die Missbrauchsaufsicht über die Energiekonzerne verschärft,
- ein konsequentes Vorgehen des Bundeskartellamtes erleichtert und
- die Hürden für den Marktzugang neuer Wettbewerber gesenkt werden.

Im Jahr 2007 werden hierfür wichtige Weichen gestellt: Die Anreizregulierung und die Anschlussverordnung müssen verabschiedet werden, zudem ist eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes notwendig, um mehr Wettbewerb zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass

- bei der Anreizregulierung sich die Netzentgelte am Maßstab der Kosteneffizienz orientieren,

- jedes Kraftwerk sofortigen und ungehinderten Anschluss an die Stromnetze bekommt,
- neue Kraftwerke im Stromnetz Vorrang genießen und ihren Strom auch bei Netzengpässen ungehindert durchleiten können,
- mehr Transparenz sichergestellt wird,
- die Übertragungsnetze zu einer einheitlichen Regelzone zusammengeführt werden.

Zudem brauchen wir einen Ausbau der Stromnetze, wenn wir in Zukunft in Nord- und Ostsee mit Windkraft 20.000 MW Strom erzeugen und in die Verbrauchszentren bringen wollen. Den Ausbau brauchen wir aber auch, um einen funktionierenden Wettbewerb zu ermöglichen und die bisherigen Engpässe beim Netz zu überwinden.

Die Europäische Kommission hat deutlich gemacht, dass die Energieversorgungsunternehmen mit ihren Netzmonopolen den Marktzugang neuer Wettbewerber erschweren und die Strompreise verteuern. Deshalb wurde beschlossen, dass die Erzeugung von Strom und der Betrieb der Netze wirksamer als bisher getrennt werden sollen. Dafür brauchen wir unabhängige Regulierungsbehörden. Diese müssen die Marktmacht der Energieversorgungsunternehmen wirksam kontrollieren und deren Missbrauch effektiv bekämpfen können. Es darf in Zukunft nicht mehr passieren, dass bestimmte Mitgliedsstaaten ihren Strommarkt abschotten und in anderen Ländern mit ihren Unternehmen die Chancen des offenen Marktes nutzen.

Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass die dringend nötigen Infrastrukturinvestitionen, auch in die Netze, insbesondere in die grenzüberschreitenden Leitungen, getätigt werden.

- **Gebäude sanieren: Arbeit schaffen, Energie sparen**

Das von der SPD initiierte Gebäudesanierungs-Programm ist ein großer Erfolg. Mit der Förderung von 1,4 Milliarden Euro pro Jahr werden Investitionen von über zehn Milliarden Euro jährlich angeregt und zehntausende Arbeitsplätze in der Baubranche gesichert bzw. geschaffen. Das Programm muss über 2009 hinaus fortgesetzt werden, damit die Handwerksbetriebe verstärkt einstellen und ausbilden und die

Hersteller von Dämmmaterialien in neue Produktionskapazitäten investieren. Darüber hinaus müssen Maßnahmen beschlossen werden, um die Eigentümer-Nutzer-Problematik bei der energetischen Sanierung von Mietwohnungen zu überwinden, damit auch vermehrt Mieter in den Genuss von Einsparungen und steigender Wohnqualität durch energetische Gebäudesanierung kommen.

Außerdem brauchen wir eine Novelle der Energieeinsparverordnung, die zum Ziel hat, die Energieverbrauchswerte von Neubauten und bei grundlegenden Sanierungen in einem ersten Schritt ab 2009 um 30 Prozent zu senken. In einer zweiten Stufe werden die Anforderungen noch mal in der gleichen Größenordnung verschärft. Mittelfristig ist ein Passivhausstandard zu realisieren.

- **Erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien fortführen**

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist eine deutsche und sozialdemokratische Erfolgsstory. Von 4,8% Anteil an der Stromproduktion 1998 bis rund 12 % bis 2006 haben wir in den vergangenen acht Jahren den Anteil der Erneuerbaren Energien mehr als verdoppelt. Unser Ziel ist es, mit einer Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu verstetigen. Bis 2020 muss ein Anteil von mindestens 27 Prozent des Stroms durch Erneuerbare Energien erzeugt werden, das sind 156 Terawattstunden. Davon entfallen auf Wind 81 TWh (davon Offshore 33 TWh), Biomasse 34 TWh, Wasserkraft 25 TWh und Photovoltaik 9 TWh.

Die 2008 anstehende Novelle des EEG wollen wir nutzen, die Einführung der erneuerbaren Energien weiter auf hohem Niveau beizubehalten. Wir wollen durch neue Regelungen erreichen, dass

- Offshore-Windparks schneller kommen,
- Biomasse-Anlagen vorrangig in Kraft-Wärme-Kopplungstechnologie entstehen,
- Biogas wesentlich leichter in die Gasnetze eingespeist werden kann,
- die Erneuerbaren Energien verstärkt zur stetigen Stromlieferung über Zwischenspeicherung und Zusammenschaltung beitragen.
- Im Bereich der Kleinwasserkraft und des Repowering, also der Ersetzung älterer Windenergieanlagen durch neue, leistungsstärkere, müssen bestehende planungsrechtliche Hindernisse abgebaut werden, da hier Kapazitäten von über 10.000 MW Leistung gehoben werden können.

Die Branche der Erneuerbaren Energien ist eine Jobmaschine in unserem Land. Heute sind dort mehr als 214.000 Menschen beschäftigt, gerade auch in strukturschwachen Regionen wie Ostdeutschland. Bis 2020 können rund 500.000 Beschäftigte hier ihre Arbeit finden. Deutschland nimmt auf dem wichtigen Zukunftsmarkt der Erneuerbaren Energien eine Spitzenposition ein. So beträgt die Exportquote bei den Herstellern von Windkraftanlagen 75%.

- **Schlafender Riese Wärmemarkt: Für ein Erneuerbare-Wärmegesetz**

In der Förderung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor liegen große Potenziale. Hier besteht gleichzeitig der größte Nachholbedarf. Damit können kostengünstig CO₂-Emissionen sowie der Öl- und Gasverbrauch reduziert werden. Um eine ähnlich dynamische Entwicklung wie im Strombereich zu erreichen, sind zwei Voraussetzungen notwendig, die wir im Rahmen eines Wärmegesetzes schaffen wollen. Einmal werden wir die verbindliche Vorgabe von mindestens 15% Nutzung der Erneuerbaren Energien bei Neubauten und der grundlegenden Sanierung von Altbauten machen. Zweitens brauchen wir eine massive Aufstockung der Fördermittel. Dazu wird die Bundesregierung noch 2007 die notwendigen Entscheidungen treffen. Ziel ist es, bis 2020 mindestens 14 % der Wärme durch Erneuerbaren Energien zu erzeugen. Drittens brauchen wir die Förderung von Nahwärmenetzen auf Basis Erneuerbarer Energien. Viertens wollen wir eine Beimischungsquote von Biodiesel und Biogas zu Heizöl und Heizgas prüfen.

- **Biokraftstoffe: Einstieg in die 2. Generation einleiten**

Die Erneuerbaren Energien werden laut EU-Beschluss bis 2020 mindestens 10% des europäischen Kraftstoffverbrauchs decken. Das 2006 verabschiedete Biokraftstoffquotengesetz sieht bereits bis 2015 eine Steigerung des Anteils an Biokraftstoffen in Deutschland auf 8% vor. Um die EU-Ziele beim Primärenergieverbrauch zu erreichen, ist es notwendig, diese Ziele zu erhöhen und bis 2020 mindestens 17 % des Kraftstoffs aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen. Hierbei werden Biokraftstoffe der 2. Generation wie Biogas, BtL (Biomass to Liquid) und Bioethanoleine eine entscheidende Rolle spielen.

Ein wichtiger Eckpunkt des Biokraftstoffquotengesetzes ist die steuerliche Förderung der Biokraftstoffe der zweiten Generation wie Biogas, BtL und Bioethanol bis 2015. Dies bedeutet eine entscheidende Weichenstellung für mehr Umweltschutz und Versorgungssicherheit: Für deren Produktion sind sehr viel mehr Rohstoffe (z.B. Restholz und Stroh) geeignet als bei der ersten Generation. Außerdem ist der Energieertrag pro Fläche mehr als doppelt so hoch und die CO₂-Bilanz wesentlich besser als bei den Biokraftstoffen der ersten Generation. Nur mit Biokraftstoffen der zweiten Generation ist eine weitere deutliche Steigerung der Biokraftstoffproduktion aus heimischer Erzeugung möglich.

- **Nachhaltige Mobilität mit weniger Energieverbrauch**

Es liegt im Interesse des Klimaschutzes und der Wettbewerbsfähigkeit, wenn die Automobilindustrie rechtzeitig energieeffiziente Fahrzeuge auf den Markt bringt. Nachdem die Selbstverpflichtungserklärung der europäischen Automobilindustrie ihr Ziel nicht erreichen wird, bis 2008 die durchschnittlichen Emissionen je Kilometer auf 140g CO₂ / km zu senken, muss jetzt die Politik handeln.

Wir erwarten, dass die Verhandlungen auf EU-Ebene zu dem Ergebnis führen, die Grenzwerte ab 2008 auf 140 g CO₂ / km und ab 2012 auf 120 g CO₂ / km festzulegen. Nach 2012 müssen die Grenzwerte weiter sinken.

Eine schadstoffbezogene Kraftfahrzeugsteuer bietet die notwendigen Anreize für den Kauf und das Angebot von Pkw, die Klima und Umwelt weniger belasten. Deshalb muss die Kfz-Steuer noch in diesem Jahr so novelliert werden, dass für alle Neuwagen die CO₂-Emissionen maßgeblich für die Höhe der Kfz-Steuer sind. Aus unserer Sicht muss eine CO₂- und schadstoffbezogenen Kfz-Steuer folgende Elemente enthalten:

- Die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Bezug soll aufkommensneutral erfolgen. Für Autos, die einen geringen Verbrauch haben und damit wenig CO₂ ausstoßen, soll zukünftig weniger Kfz-Steuer gezahlt werden als für Fahrzeuge, die einen hohen Verbrauch haben und damit viel CO₂ emittieren.
- Jedes Gramm CO₂ soll gleich besteuert werden. Wir wollen eine faire Regelung. Die neue Kfz-Steuer soll Pkw begünstigen, die weniger CO₂

ausstoßen. Es sollen CO₂ Freibeträge festgesetzt werden, so dass bei Fahrzeugen mit besonders niedrigen CO₂- und Schadstoffemissionen die Kfz-Steuer entfallen könnte, vorausgesetzt die Aufkommensneutralität bleibt gewahrt.

- Die unterschiedliche Mineralölsteuer auf Benzin und Dieselkraftstoff soll wie bisher bei der Kfz-Steuer für Diesel-Pkw pauschal ausgeglichen werden. Wir wollen Otto- und Diesel-Pkw steuerlich in der Summe annähernd gleich behandeln.

Weitere CO₂-Reduktionen im Mobilitätsbereich müssen durch folgende Maßnahmen realisiert werden:

- Die Differenzierung der LKW-Maut nach Emissionsklassen weist eine starke Lenkungswirkung zu saubereren und effizienteren LKW auf. Die neuen Spielräume der EU-Wegekostenrichtlinie müssen bis 2008 konsequent genutzt werden, um diese Wirkung weiter auszubauen. Zudem sollte zeitnah das ursprünglich vorgesehene Niveau der Maut erreicht werden. Damit kann dann u.a. das Innovationsprogramm zur Unterstützung der Anschaffung moderner emissionsärmerer LKW finanziert werden.
- Mehr Güterverkehr muss von Autobahnen und Landstraßen auf Schiene und Binnenschifffahrt verlagert werden. Das muss Schwerpunkt im Masterplan Güterverkehr der Bundesregierung werden.
- Die Bahn hat von allen Verkehrsträgern die beste Klimabilanz. Die Wettbewerbsposition der Bahn soll dadurch gestärkt werden, dass ihre steuerliche Belastung im Vergleich mit anderen Verkehrsträgern gesenkt wird.
- Der europäische Flugverkehr muss ab 2011 vollständig in den Emissionshandel einbezogen werden. Außerdem halten wir die Einführung einer Ticketabgabe und eine einheitliche Kerosinbesteuerung für sinnvoll.
- Die Brennstoffzellentechnologie verspricht in den nächsten Jahren im stationären Bereich und mittelfristig auch im mobilen Bereich erhebliche Fortschritte bei der Ausschöpfung der vorhandenen Effizienzpotenziale. Deutsche Unternehmen sind in der Technologie führend, noch fehlt allerdings

der Durchbruch von der Demonstrationsphase zur Markteinführung. Deren Markteinführung erfordert wirtschaftliche Anreize.

- **Energieforschung stärken**

Mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen im Klimaschutz, die Abhängigkeit von Energieimporten und das enorme Exportpotenzial muss Deutschland seine internationale Spitzenstellung bei Energietechnologien weiter ausbauen. Forschung und Entwicklung auf hohem Niveau sind hierfür unabdingbar.

Mit dem 6-Mrd.-Programm hat die Bundesregierung die Energieforschung deutlich gestärkt. Dennoch liegen die Forschungsausgaben des Bundes heute bei nur einem Drittel des Niveaus zu Beginn der 80er Jahre. Weitere Verbesserungen in der Mittelausstattung in den Bereichen Effizienz und Erneuerbare Energien sind daher erforderlich. Zugleich müssen aber auch die privaten Forschungsausgaben erhöht werden. Auch auf EU-Ebene wollen wir uns für eine bessere Mittelausstattung in den Bereichen Effizienz und Erneuerbare Energien einsetzen.

Bei der Energieerzeugung steht Deutschland schon heute sehr gut da. Hier kommt es darauf an, die Voraussetzungen für eine CO₂-arme Energieversorgung weiter zu verbessern. Forschungsaktivitäten zu allen Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien, zu Brennstoffzellen und zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ aus Kohle- und Gaskraftwerken sind dafür von entscheidender Bedeutung.

Auf absehbare Zeit wird auch nach der DLR-Leitstudie die Stromversorgung auf Basis von Braunkohle und Steinkohle eine wichtige Säule in der Stromerzeugung sein. Vor diesem Hintergrund sind Effizienzfortschritte bei der Kraftwerkstechnik der richtige Ansatz für einen wirksamen Klimaschutz. Unser Ziel ist es, dass ab dem Jahr 2020 CO₂-freie Kohlekraftwerke zum Standard werden und 2015 das erste CO₂-freie Kraftwerk in Deutschland in Betrieb ist. Wir unterstützen daher alle Bemühungen, diese Technologie zu erforschen und zu erproben.

Eine deutliche Stärkung der Forschungsanstrengungen ist bei Effizienzsteigerung in der Endenergienutzung erforderlich. Gerade bei der Endenergienutzung kommt es

aber neben verstärkten Forschungsanstrengungen vor allem darauf an, Anreize für eine höhere Marktdurchdringung energieeffizienter Produkte zu schaffen.

- **Atomausstieg umsetzen**

Zu einer nachhaltigen Energiepolitik gehört selbstverständlich auch der Verzicht auf die Atomkraft. Die SPD-geführte Bundesregierung hat im Jahr 2000 nach langen Verhandlungen mit den Energieversorgern den Atomkonsens vereinbart, der einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie bis voraussichtlich zum Jahr 2023 vorsieht.

Die Gründe für den Ausstieg liegen auf der Hand:

- Atomenergie ist und bleibt eine Risikotechnologie. Der Störfall im schwedischen Kernkraftwerk Forsmark 2006 und die anschließende Aufdeckung der dort vorhandenen eklatanten Sicherheitsmängel hat einmal mehr gezeigt, dass es mit der Atomenergie keine letztendliche Sicherheit geben kann. Wir werden durch Bundes- und Landesaufsicht für die größtmögliche Sicherheit beim Betrieb der deutschen Kernkraftwerke sorgen.
- Uran ist ein endlicher Stoff – in Deutschland zu 100% importiert! Das Argument „Versorgungssicherheit“ im Zusammenhang mit der Atomkraft ist insofern ein Scheinargument.
- Atomenergie ist nicht die Lösung, denn sonst werden auch Staaten auf die Nutzung der Kernenergie pochen, die weder demokratisch noch friedliebend sind. Die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung aber ist praktisch immer mit der Möglichkeit zum Bau von Atomwaffen verbunden. Die weltweite Verbreitung der Fähigkeit zum Bau und zum Einsatz von Nuklearwaffen ist eines der größten Risiken einer Politik, die auf Atomenergie als Lösung der Energiekrise setzt.

Die Kernenergiebetreiber fordern nun Laufzeitverlängerungen für ihre Kernkraftwerke. Damit stellen sie den mit der Bundesregierung geschlossenen Ausstiegsvertrag in Frage.

Der Weiterbetrieb von abgeschriebenen Kernkraftwerken hätte nur einen Zweck: Sondergewinne bei den Betreibern zu realisieren. Die Legende, dass eine

Verlängerung der Restlaufzeiten beim Stromkunden ankäme, wird durch die eigene Preispolitik der Unternehmen widerlegt. Die hohen Endkunden- und Industriestrompreise in Deutschland orientieren sich nämlich nicht an der betriebsinternen Kostenstruktur, sondern an dem unverändert hohen Börsenpreis.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Der Atomausstieg gilt. Wir sind vertragstreu. Das erwarten wir auch von der Energieindustrie. Wer – zu recht – langfristige Investitionssicherheit und Verlässlichkeit von der Politik fordert, kann mit geschlossenen Vereinbarungen nicht sprunghaft umgehen. Es erscheint schwer vorstellbar, dass eine Laufzeitübertragung von neueren auf ältere Kernkraftwerke mit dem Primat der Sicherheit vereinbar ist.

- **Einen Endlagerkonsens in Deutschland schaffen**

Atomenergie produziert hochradioaktive Abfälle, die auf Jahrtausende hin strahlen und unseren Nachkommen eine hohe Bürde auflasten. Wir werden uns der Verantwortung stellen und die Suche nach dem bestgeeigneten Endlager für hochradioaktive Abfälle voranbringen. Grundlage muss dabei der internationale Standard von Wissenschaft und Technik sein, den wir auch von anderen Ländern einfordern.

Wir stehen zu der Koalitionsvereinbarung, die das Ziel formuliert, dass eine Lösung für das Endlagerproblem zügig gefunden werden soll. Wir haben einen Vorschlag für ein bundesweites ergebnisoffenes Auswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle entwickelt. Gorbleben würde sich damit dem Vergleich anderer Standorte stellen und es würde unvoreingenommen der beste Standort in Deutschland gesucht. In einem mehrstufigen Prozess soll aufgrund von wissenschaftlich-technischen Kriterien nach einem geeigneten Standort für ein Endlager gesucht werden. Zu jedem Zeitpunkt des Prozesses soll geprüft werden, ob mögliche Endlagerstandorte eine höhere Sicherheit als Gorbleben aufweisen können. Ist dies der Fall, wird der alternative Standort realisiert. Drängt sich jedoch kein Standort auf, der besser ist als Gorbleben, werden wir Gorbleben als Endlager realisieren.

Unser Vorschlag steht. Die Frage an unseren Koalitionspartner ist, ob er bereit ist, mit uns ein solches offenes Suchverfahren zu vereinbaren – oder ob sie es scheuen, Gorleben einem Vergleich mit möglichen anderen Standorten zu unterziehen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen im Umgang mit der Atomenergie für höchstmögliche Sicherheit – auch bei der Auswahl des Endlagers.

5. Eine neue industrielle Revolution beginnen – für eine strategische und ökologische Industriepolitik

Die Welt ist im Umbruch. Wir erleben gegenwärtig einen erneuten großen Wachstums- und Industrialisierungsschub der Weltwirtschaft. Aber es ist noch nicht entschieden, ob sich die Hoffnung auf Wohlstand und Entwicklung für alle mit dem 21. Jahrhundert verbinden wird oder dieser Schub die Erde an bzw. jenseits der Grenzen ihrer ökologischen Belastbarkeit katapultiert und globale Verteilungskonflikte ebenso wie der Krieg um Rohstoffe das neue Jahrhundert prägen werden. Um auch in Zukunft gut und besser leben, arbeiten und wirtschaften zu können brauchen wir mehr als normale Wachstumsraten, wir brauchen einen kräftigen und nachhaltigen Wachstumsschub.

Wissenschaftliche Forschungsergebnisse treiben eine breite Welle neuer Basistechnologien voran. Der Durchbruch neuer Technologien bedeutet einen faszinierenden Nutzen für die Menschen und eröffnet neue wirtschaftliche Optionen, gleichzeitig verändert er mit hohem Tempo aber auch Marktstrukturen und stellt etablierte Geschäftsmodelle sowie sicher scheinende Arbeitsplätze in Frage. Wer an den Gewinnen des technologischen Wandels teilhaben und sich auf rasant wandelnden Märkten behaupten will, wird neue Forschungsergebnisse rasch in marktgerechte Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umwandeln müssen.

Die Orientierung an gemeinsamen Leitbildern zwischen marktorientiertem Unternehmergeist und erkenntnisorientiertem Forschungsdrang werden hierfür immer entscheidender. Unsere Innovationspolitik will deshalb Brücken bauen

zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie zwischen Technologien und Anwendungsfeldern. Strategische Partnerschaften werden immer notwendiger.

Innovationen werden von Marktimpulsen und Marktdynamik geprägt. Leitmärkte entstehen, wo eine hohe Anzahl von Innovationen auftreten, die in einem systematischen Zusammenhang stehen und die nur in engem Kontakt mit anspruchsvollen, interessierten und innovativen Kunden heranreifen.

Die Fähigkeit, auf diesen Leitmärkten mit innovativer Technologie präsent zu sein, entscheidet maßgeblich über die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Dazu bedarf es mehr als nur Forschung. Dazu bedarf es eines modernen Innovationssystems: des Zusammenspiels all jener Institutionen, die Wissen produzieren, Wissen vermitteln, die Arbeitskräfte ausbilden, die Technologien entwickeln, die innovative Produkte und Verfahren hervorbringen und verbreiten, einschließlich und der staatlichen Investitionen in entsprechende Infrastrukturen.

Deutschland muss die Idee des technischen Fortschritts wiederentdecken. Nicht als blinde Fortschrittsgläubigkeit, sondern als Hilfsmittel zur Lösung der gewaltigen Aufgaben, die vor uns liegen. Angesichts des Handlungsdrucks sind „revolutionäre“ Technologiesprünge in industriellen Kernbereichen wie der Energieerzeugung und -verwendung sowie der Stoffnutzung notwendig. Der Markt kann diese Aufgabe nicht alleine bewältigen. Der marktwirtschaftliche Ordnungsrahmen muss optimiert werden.

Notwendig ist eine strategische ökologische Industriepolitik. Sie muss mehrere Dinge gleichzeitig leisten:

- Sie muss strategische Zukunftsindustrien stärken und die deutsche Wirtschaft fit für die Leitmärkte der Zukunft machen.
- Sie muss Innovationen fördern, Technologiesprünge initiieren und mithelfen, dass Technologien schneller zur Anwendung und auf den Markt kommen.
- Sie muss die industrielle Struktur unserer Ökonomie auf die knapper werdenden Ressourcen einstellen.
- Sie muss die stoffliche Basis unserer Industrie in wichtigen Bereichen zunehmend auf nachwachsende Rohstoffe umstellen.

So können neues Wachstum, neue Wertschöpfung, neue Produkte und neue Beschäftigung entstehen.

Industriepolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie braucht einen Staat, der als Pionier vorangeht, setzt aber nicht auf industriepolitische Omnipotenzvorstellungen des Staates, sondern darauf, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diese Aufgabe zusammen annehmen und umsetzen.

Innovation braucht den Dialog der Akteure, um gemeinsame Interessen zu identifizieren und Win-Win-Strategien zu suchen. Der Dialog der Akteure muss zum „New Deal“ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung werden.

6. Zukunft braucht Mut

2007 ist das Schlüsseljahr für die Energie und Klimapolitik. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind fest entschlossen, die Chancen zu nutzen, die dieses Schlüsseljahr bietet. Die Steigerung der Energieeffizienz, der Ausstieg aus der Atomenergie, der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Einbettung der Klimapolitik in eine Agenda ökologischer Industriepolitik sind für uns die Schlüssel um die Zukunft zu erobern.

Aber Zukunft braucht Mut. Sie braucht den Mut, eingefahrene Pfade der Energieerzeugung, der Energieverwendung und des täglichen Umgangs mit Energie zu verlassen. Wir können die Zukunft nur erobern, wenn wir diesen Mut aufbringen. Dazu müssen alle beitragen. Aber davon werden auch alle profitieren. Deshalb werben wir für einen neuen gesellschaftlichen Konsens, der den Klimaschutz und die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie ins Zentrum stellt.

Wir werden diesen Weg der Vernunft konsequent gehen und Deutschland zur effizientesten Volkswirtschaft machen. Das stärkt unsere internationale Wettbewerbsposition und sichert langfristig Beschäftigung. Dazu müssen wir auf technische Innovationen setzen, in die zukünftigen Leitmärkte einer ökologischen Industriegesellschaft investieren und unser Regelwerk auf den Prüfstand stellen. Der

damit verbundene Umbau unserer Industriegesellschaft bietet enorme Chancen. Es liegt an uns, diese Chance zu ergreifen.